



## Niederschrift

45. Plenarsitzung des Gemeinderates  
20. Dezember 2022, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

**Punkt 10 der Tagesordnung: Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Beförderungskosten für Schülerinnen und Schüler**

**Vorlage: 2022/2158**

**Punkt 10.1 der Tagesordnung: Preise für die Schüler\*innen-Beförderung fair gestalten**

**Ergänzungsantrag: GRÜNE**

**Vorlage: 2022/2158/1**

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Schulbeirat und im Hauptausschuss die als Anlage 2 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Beförderungskosten für Schülerinnen und Schüler.

In § 6 Absatz 3 wird die Zahl 10 Euro gestrichen und durch die Zahl 8,33 Euro ersetzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ziffer 1: Mehrheitliche Zustimmung

Ziffer 2: Mehrheitliche Ablehnung

Ergänzte Beschlussvorlage: Einstimmige Zustimmung

**Der Vorsitzende** setzt um 17:40 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 6. Dezember 2022 und im Schulbeirat am 7. Dezember 2022.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Ja, an sich ist an der Satzungsänderung jetzt wenig zu kritisieren, weil sie eine logische Folge auch der Einführung des 365-Euro-Tickets ist, das dann eben landesweit gelten wird. Wir haben allerdings ein Problem, denn was da so ein bisschen durch die Hintertür eben mitgekommen ist, ist die Erhöhung des Eigenanteils für Grundschulkinder um 20 Prozent. Gerade in diesem Zusammenhang, wo es für alle anderen Berechtigten dieses Tickets günstiger wird, ist das für uns eine Konsequenz, die an der Stelle nicht nachvollziehbar ist. Deswegen haben wir mit dem ersten Antrag und mit dem ersten Punkt im Antrag beantragt, dass da einfach der monatliche Verrechnungssatz so angepasst

wird, dass er kostenneutral für die Grundschulkinder ist. Im Gegensatz zu den anderen Altersstufen wird es bei denen dann halt nicht sogar noch mal günstiger, sondern es bleibt wenigstens bei den Kosten, aber im Wesentlichen ist es eben vor allem, dass die Kosten nicht noch mal erhöht werden.

In dem zweiten Punkt geht es eigentlich dann um diese Auswirkung, die das landesweite Jugend-Ticket hat. Wenn man landesweit fahren kann, und dieses landesweite Jugend-Ticket schlussendlich dann auch unsere School Card hier in Karlsruhe im KVV auch ablöst, wird diese Mindestentfernung, die aktuell als Kriterium in der Satzung drin ist, die jetzt ja auch für die älteren Kinder und Jugendlichen entfällt, dann doch eher noch zu einem weiteren oder weiterhin absurderem Kriterium, weil der Geltungsbereich viel, viel weiter ist als einfach nur der Weg zur Schule. Auch wenn der Weg zur Schule wahrscheinlich dann, wenn die Kinder regelmäßig ÖPNV fahren, auch der Hauptzweck ist, und deswegen bleibt der Hauptzweck eben auch die Schülerbeförderung oder die Unterstützung der Schülerbeförderung.

Wir sehen in der Berechnung der ja zu befürchtenden Kosten jetzt keinen Rechenfehler. Wir sehen aber eine Annahme, die irgendwie dahintersteckt, die aus unserer Sicht nicht so ganz zutrifft, weil die geht ja davon aus, dass aktuell all diese Kinder, die jetzt dann auch berechtigt werden würden mit unserem Antrag, eben ja heute schon ein Ticket haben und wir jetzt zusätzlich dann einen Zuschuss zahlen an die Kinder, die jetzt sozusagen in diesem Jahr die School Card schon gekauft hätten. Es ist aber doch eigentlich andersherum so, dass, wenn wir durch so einen Effekt Neukund\*innen gewinnen, wir insgesamt als Konzern Stadt, sei es jetzt die Stadt eben zusammen mit dem ÖPNV und mit dem KVV und den Verkehrsunternehmen, immer mehr Einnahmen erreichen. Das heißt, wenn jetzt Kinder, die bisher noch kein Ticket haben, für 100 Euro eine Jahreskarte kaufen, und die anderen 265 Euro werden dann von der Stadt als Zuschuss gezahlt, dann ist es eben bei der Stadt eine Ausgabe und beim KVV eine Einnahme, die wir am Ende nicht im Defizit ausgleich wieder bezahlen müssen. Deswegen geht aus unserer Sicht diese Rechnung nicht so ganz auf, aber sie müsste grundsätzlich mit Zahlen der Abonent\*innen noch mal deutlich untermauert werden, für wie viele es tatsächlich zutreffen würde, aber wir sehen nicht diese enormen Kostensteigerungen, die die Verwaltung prognostiziert.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Vorweg genommen darf ich sagen, dass wir es eine tolle Sache finden, dass unsere Grundschulkinder für einen wirklich sehr günstigen Betrag die Straßenbahn nutzen können, dass wir als Stadt Karlsruhe das schon seit vielen Jahren anbieten, das ist wirklich eine tolle Sache. Jetzt steht hier eine Änderung an. Wir haben uns lange damit auch beschäftigt und auch für und wider abgewogen, aber wir würden heute der Verwaltungsvorlage folgen und den Antrag der grünen Kollegen ablehnen, weil wir der Meinung sind, dass es dennoch ein wirklich sehr gutes und günstiges Angebot ist, wenn die Grundschulkinder für 10 Euro im Monat die Straßenbahn nutzen können. Wir haben für Kinder ein Kinder-Ticket für 1,60 Euro, und im Endeffekt rechnet sich das dann schon, wenn man nur an vier Tagen im Monat mit der Straßenbahn zur Schule und wieder zurück fährt. Davon abgesehen, dass natürlich das Ticket dann auch für sonstige Freizeitaktivitäten, Musik, Sportverein und so weiter, genutzt werden kann. Wir wissen natürlich, dass es für manche Familien im Moment schwierig ist, auch eine so doch dann kleinere Erhöhung auf den Monat runtergerechnet zu stemmen, aber wir denken, dass wir es für das Angebot, das damit verbunden ist, rechtfertigen können. Insofern würden wir heute der Verwaltungsvorlage mitgehen.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Klar, die Einführung des landesweiten Jugend-Tickets im Karlsruher Verkehrsverbund zum 1. März 2023 erfordert natürlich auch eine Änderung der Satzung, und im Zuge einer Änderung der Satzung ist es natürlich sehr legitim und nachvollziehbar, dass man das nachjustieren möchte und eventuell auch optimieren möchte, wenn man schon bei einer Änderung ist. Daraufhin, denke ich, haben die GRÜNEN natürlich hier diese Aufforderung gestellt, dass man einfach das bei 100 Euro belässt anstatt 120 Euro, was nachvollziehbar ist, um dann eventuell auch die Mindestentfernung, dass diese Mindestentfernung wegfällt.

Wir haben uns tatsächlich in der Fraktion sehr intensiv darüber beraten, und wir sind auch total froh, wie meine Vorrednerin gesagt hat, dass unsere Grundschülerinnen und Grundschüler hier in Karlsruhe tatsächlich für wenig Geld unseren Karlsruher Verkehrsverbund nutzen können, die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können und sind dann zum Entschluss gekommen, dass wir, falls eine getrennte Abstimmung folgen sollte, den Punkt 1 mittragen können, aber den Punkt 2, aufgrund der Tatsache, dass die Mehrbelastung des städtischen Haushalts...

Ja, wir müssen das im Hinterkopf behalten, deshalb können wir Punkt 2 so nicht mitgehen. Natürlich ist es nur eine Annahme, falls 8.553 Grundschüler dieses Angebot annehmen würden, würden wir bei 2 Millionen Mehrbelastung sein. Allerdings wissen wir nicht, wir können das nicht absehen, wie viele Grundschüler mehr dieses Angebot nutzen werden. Somit können wir das auch nicht steuern, und deswegen müssen wir vom Worst Case ausgehen, und das sind eben die 2 Millionen Euro und deswegen würden wir gerne dem Punkt 1 zustimmen wollen, aber Punkt 2, wie gesagt, aufgrund der Haushaltsstabilisierung, nicht zustimmen.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Wir alle hier im Hause sind uns einig, wir wollen mehr Mobilität und Flexibilität, und dazu passt natürlich genau dieser Ergänzungsantrag der GRÜNEN, zumal es viele Alternativen trotzdem noch gibt für School Card und so weiter und so fort, für die Bürgerinnen und Bürger, Groß und Klein. Deshalb stimmen wir dem GRÜNEN-Zusatzantrag zu. Ansonsten stimmen wir nur Punkt 1 zu.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Die Anpassung der Beförderungskosten für Schüler ist im Zuge der Einführung des 365-Euro-Jugend-Tickets nötig, dazu brauchen wir nichts weiter zu sagen. Zum Ergänzungsantrag der GRÜNEN ist jedoch zu bemerken, faire Preise haben die Schüler-Tickets keineswegs. Beim morgendlichen Schülerverkehr handelt es sich um eine Spitzenlast zusätzlich zur ohnehin schon existierenden Nachfrage des Berufsverkehrs, die darüber hinaus auch noch besonders günstig tarifiert wird und für Grundschüler mit einem Eigenanteil von gerade mal 120 Euro pro Jahr quasi verschenkt wird. Eine weitere Absenkung dieses Anteils wäre daher noch unfairer. Somit lehnen wir den Ergänzungsantrag ab.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Ich muss mich tatsächlich beim Kollegen Löffler bedanken, weil er mir zweierlei Arbeit abgenommen hat. A) musste ich keinen Antrag formulieren und B) musste ich eigentlich keinen detaillierten Redebeitrag halten. Das heißt, wir haben hier volle Zustimmung zum Antrag der GRÜNEN. Wir halten es für absolut nachvollziehbar, und natürlich ist so ein bisschen das Paradoxon von Preis und Nachfrage letztendlich ja natürlich, dass man nie weiß, was passiert. Wenn man die Preise erhöht, weiß man nicht, was passiert. Wenn man die Preise reduziert, weiß man nur bedingt, was passiert. Werden die

Ausführungen eventuell da sogar auch eine Zugewinnmöglichkeit sein, also an Nutzer\*innenzahl, halten wir das durchaus für gegeben. Wir stimmen deshalb dem GRÜNEN-Antrag hier wenig überraschend zu.

**Stadtrat Wenzel (FWJFÜR):** Der Verwaltungsvorlage stimmen wir zu. Wir wissen, gerade in diesen Zeiten steigender Energiekosten und sonstiger Inflationswerte, ist jeder Euro, den man zahlen muss, auch für Familien mit Kindern, schwierig, aber der öffentliche Nahverkehr ist leider, auch wenn wir versuchen, ihn zu fördern, immer eine Quersubventionierung. Deshalb sehen wir in dem Fall diese 20 Euro als angemessen an, deshalb die Zustimmung.

Den Ergänzungsantrag in Folge Punkt 1 müssen wir ablehnen, auch der Wegfall der Mindestentfernung, es ist ja ein Schülerentgelt, und wir alle sagen, die Kinder sollen sich bewegen. Kein Mindestabstand zu halten, das halten wir für kontraproduktiv und werden auch den Ergänzungsantrag deshalb ablehnen.

**Der Vorsitzende:** Ja, vielen Dank. Ich möchte Ihnen noch mal deutlich spiegeln, dass der nächste Haushalt von Ihnen eine Entscheidung verlangt oder verlangen muss, ob wir grundsätzlich sagen, Inflation ist so schlimm und die Menschen verarmen alle - das Erste stimmt, das zweite sehe ich noch nicht - und deswegen müssen wir für alle alles billiger machen oder ob wir sagen, nein, es hat in den letzten Jahren/Jahrzehnten gute Tarifabschlüsse gegeben, es hat eine relativ geringe Inflation gegeben, der persönliche Wohlstand, zumindest von 80 Prozent der Bevölkerung hat deutlich zugenommen, wir müssen uns jetzt noch mal stärker um die kümmern, die sonst abgehängt werden durch diese Entwicklungen, die da sind. Sie verfolgen im Moment bei fast allen Themen beide Strategien gleichzeitig, und das werden wir finanziell nicht durchhalten, und ich halte es auch, weil es ja in der Landes- und Bundespolitik auch so gehandhabt wird, dass man so tut, als müsste man jetzt alle Krisenfolgen für jeden einzelnen Bürger irgendwie ausgleichen, für eine falsche Erwartungshaltung, die insgesamt hier an die Politik aufgebaut und teilweise von der Politik selbst verursacht wird.

Um was geht es denn jetzt hier. Es geht darum, dass es ein landesweites Jugend-Ticket gibt, das in seiner Qualität deutlich über dem liegt, was die bisherige School Card liefert und dann den Eigenanteil von 100 Euro im Jahr auf 120 Euro hochzufahren, ist nun wirklich keine dramatische Geschichte, und da jetzt darüber zu philosophieren, dass das am Ende dazu führt, dass mehr oder weniger Kinder davon Gebrauch machen, sorry, das kann ich nicht nachvollziehen.

Mit dem zweiten Teil des Antrags, dass wir jetzt nämlich die Mindestentfernung verändern, begeben wir uns in ein finanzielles Wagnis, das wir im Moment nicht abschätzen können, und wir entkoppeln im Grunde das Thema von einer notwendigen Mindestentfernung, die bisher begründet, warum wir diesen Kindern sehr stark ein solches Ticket zur Verfügung stellen, weil wir ihnen zutrauen, das anderweitig klären zu können, sondern es wird eine allgemeine sozusagen sozialpolitische Angebotsgeschichte für die ganzen Grundschulkin-der. Das kann man machen, aber es ist eine Veränderung der Systematik, und da diese Veränderung der Systematik mit so unklaren finanziellen Folgen gekoppelt ist, möchte ich Ihnen hier nur ankündigen, wenn diese Ziffer 2 eine Mehrheit findet, dann können wir sie erst im Zuge der nächsten Haushaltsaufstellung umsetzen, und dann müssen Sie mit dieser Sache nicht die Satzung heute verändern, sondern wir müssen das dann in den

Haushaltsberatungen im nächsten Herbst erneut auf die Tagesordnung bringen, und wir müssen es dann quasi für das Schuljahr 24/25 oder auch vielleicht zur Hälfte des Schuljahrs machen. Das kann man ja dann alles diskutieren, weil wir die Beratung erst im November 2023 haben. Das ist mir an der Stelle einfach noch mal wichtig.

Bei der Ziffer 1 ist der Betrag so übersichtlich, dass ich denke, das muss dann durch Umschichtung im entsprechenden Dezernat erbracht werden. Da will ich jetzt mal ausnahmsweise den Haushaltsvorbehalt jetzt nicht so hoch hängen, aber bei der Ziffer 2 können wir schon aus systemischen Gründen nicht anders verfahren. Dass es dennoch Grundschulkinde geben mag, die nicht den Mindestabstand erfüllen zur Grundschule und trotzdem gerne ein Jahresticket hätten und sich das aber nicht leisten können, da müssen wir dann darüber reden, wie wir das Thema Karlsruher Kinderpass anpassen an das neue Modell des landesweiten Jugend-Tickets. Das ist aber eine andere Diskussion, die müssen wir anderswo führen. Deswegen hat das eine nicht automatisch für mich mit dem anderen was zu tun. Ich kann an Sie nur dringend appellieren, dass wir uns um die kümmern, die sonst nicht teilhaben können an der Gesellschaft oder aus der Armut heraus schlechte Bildungs- oder Entwicklungschancen haben, dass wir aber nicht mehr in der Politik die Erwartung fördern sollten, dass alles, was wir wichtig finden, für alle Menschen in der Stadt immer günstiger werden muss, weil das unsere Defizite in vielen Bereichen so hochtreibt und weil ich auch nicht sehe, dass es für diese Haushalte unbedingt jetzt eine solche Förderung geben muss, weil die durchaus in der Lage wären, das auch zu dem normalen Preis zu erwerben.

Damit kommen wir zur Abarbeitung des Ergänzungsantrags. Ich würde die beiden Ziffern jetzt getrennt aufrufen, wie es ja auch gewünscht worden ist und deswegen zunächst die Ziffer 1 hier zur Abstimmung stellen, und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine Mehrheit für diesen Ergänzungsantrag Ziffer 1.

Dann stelle ich die Ziffer 2 jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit würde ich jetzt den um die Ziffer 1 ergänzte Beschlussvorlage zur Abstimmung stellen. Für das Protokoll, weil es sich um eine Satzung handelt, müssen wir ganz genau wissen, über was wir abstimmen. Im § 6 Abs. 3 würde die Zahl 10 gestrichen und durch die Zahl 8,33 Euro ersetzt. Das ist die Umsetzung des Ergänzungsantrags Ziffer 1. Die mit dieser Veränderung versehene Beschlussvorlage der Verwaltung stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist einstimmige Zustimmung, vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin: